DER BREMER ANTIFASCHIST

DM 1,-

Landesverband der VVN/Bund der Antifaschisten Bremen e.V.

Mai 05/2001

Ausstellung "Neofaschismus in der BRD"

Vom 15. Mai - 15. Juni 2001 zeigen wir gemeinsam mit dem DGB Bremen im Bremer Gewerkschaftshaus die Ausstellung "Neofaschismus in der Bundesrepublik Deutschland"

Die Ausstellung beruht auf jahrzehntelangen Recherchen und Reflexionen der "Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA)". Ihr Schwerpunkt liegt auf der Analyse der neofaschistischen Weltanschauung.

Die Ausstellung belegt, daß sich auf der Ebene der Weltanschauung, der Feindbilder und diktatorischen und militaristischen Ziele seit den Tagen der NSDAP nichts geändert hat. Immer noch gruppieren sich diverse Ideologieelemente um den verlogenen Zentralbegriff der "Volksgemeinschaft". Mit dem Versprechen auf einen gesicherten Platz in einer "Gemeinschaft der Deutschen" wird um Zustimmung für eine Gesellschaftsform geworben, in dem der Einzelne in Wirklichkeit nichts mehr zählt.
In einem zweiten kürzeren Teil vermittelt die Ausstellung einen kleinen Einblick in die vielgliedrige neofaschistische Szene, ihre "Führer", Organisationen, Medien und internationalen Kontakte. Zur Vertiefung verweisen weitere Tafeln auf die gesellschaftlichen Hintergründe und Zusammenhänge: die mangelnde Aufarbeitung der Verbrechen des NS-Regimes, die staatliche Tolenerung und Finanzierung neofaschistischer Organisationen, den Zusammenhang zwischen einer rücksichtslosen Ellenbogengesellschaft und der Zunahme rassistischer Gewaltbereitschaft. Zu guter letzt regt die Ausstellung mit Beispielen zu antifaschistischen Aktivitäten an. Inge Aicher-Scholl, Schwester der hingerichteten Sophie und Hans Scholl, fordert auf, "nie mehr ausschließlich im privaten Leben aufzugehen, sondern immer auch für die andern, für unser Land und für die Welt draußen mitzudenken und mitempfinden und - so gut es uns möglich ist - zu handeln."

Zur Ausstellung sind ein Katalog und drei vertiefende Broschüren erschienen. Der Katalog ist für 12,- DM und die Broschüren "Ideologie des Neofaschismus", "Organisationen des Neofaschismus" und "Konservatismus und Neofaschismus - Totalitarismus- und Extremismusdoktrin - Antifaschistische Politik" sind für 4,- bzw. 5,- DM + Porto bei der Bundesgeschäftsstelle der VVN-BdA, Rolandstr. 16, 30161 Hannover erhältlich.

Begleitprogramm zur Ausstellung

Dienstag, 15. Mai, 19:30 Uhr
Ausstellungseröffnung mit einer/einem Vertreter/in aus Elmshorn, von wo aus das Motto "Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen" seine Verbreitung findet.

Freitag, 18. Mai, 19:30 Uhr
(Filmabend)
Die Rattenlinie (BRD 1990, 45 Min.)
Der Film zeigt, wie nach 1945 hochrangige Nazis außer Landes geschleust und nach Südamerika in Sicherheit gebracht wurden.

Dienstag, 29. Mai, 19:30 Uhr
Macht, Politik, Geld
Eberhard Czichon, Autor des gleichnamigen Buches, referiert über die Rolle der Deutschen Bank im Faschismus, in der Bundesrepublik Deutschland und aktuell bei der Auseinandersetzung um Entschädigungszahlungen an ehemalige Zwangsarbeiter.

Freitag, 01. Juni, 19:30 Uhr
(Filmabend)
Säbel hoch fürs Vaterland - Über Burschenschaften in Deutschland
(BRD 1994, 50 Min.)
Die Burschenschaften wurden nach 1945 in ganz Deutschland verboten. In der DDR blieben sie es bis zum Schluss. Der Film zeigt, wie sie seit Anfang der 90er Jahre ihren Einzug in die dortigen Universitäten hielten und ihr großdeutsches Gedankengut verbreiten.

Mittwoch, 06. Juni, 19:30 Uhr
Mit CSU und REPs Hand in Hand für das Verbot der NPD?
Gabriele Heineke, u.a. Verteidigerin von Safwan Eid im Lübecker Brandprozess, nimmt Stellung zu folgenden Fragen:

Trotz Potsdamer Abkommen, Nürnberger Kriegsverbrechertribunal, Entnazifizierungsgesetze und Art. 139 des Grundgesetzes: warum wurden NPD, DVU und alle anderen faschistischen Organisationen jeglicher Art überhaupt zugelassen? Hilft gegen die faschistischen Banden ein "Aufstand der Anständigen" an der Seite des bayerischen Innenministers Beckstein (CSU), der als erster das Verbot der NPD gefordert hat und dem sich auch bald die REPs angeschlossen haben? Oder muss sich nicht schleunigst die eindeutige Haltung durchsetzen:
Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen?

Dienstag, 12. Juni, 19:30 Uhr
"Ich weiß mich frei von irgendeiner Schuld...": Die Entnazifizierung der Richter und Staatsanwälte am Beispiel des Sondergerichts Bremen.
Gabriele Rohloff stellt das Ergebnis ihrer mehrjährigen Recherchen in den Staatsarchiven Bremen und Hamburg sowie in Akten verschiedener senatorischer Dienststellen, der Staatsanwaltschaft und des Landgerichts Bremen vor. Sie berichtet über die Tätigkeit des Sondergerichts und die Nachkriegskarrieren dieser Juristen.

Weitere Filme zeigen wir am 08. und 15. Juni, ebenfalls 19:30 Uhr.

Zwei Informationen zum Schluss:
1. Einer der Autoren der Ausstellung wohnt in Bremen und steht nach Absprache für Führungen zur Verfügung.

2. Die Ausstellung ist ab dem 16. Juni bis zum Ferienbeginn noch in Bremen verfügbar und kann zum Beispiel für Projektwochen an Schulen oder auch an Betriebe ausgeliehen werden.

Den Namen "Sedan-Platz" ändern

Diesen Namen bekam der Platz 1895. Anlass war die 25-Jahrfeier der Schlacht bei Sedan im deutsch-französischen Krieg 1870/71. Die deutsche Armee hatte die französische eingekesselt und zerschlagen. Der französische Kaiser Napoleon III. kam in Gefangenschaft. Im Schloss von Versailles wurde der preußische König zum deutschen Kaiser gekrönt. Ihm wurde die ganze Staatsmacht übertragen. Er ernannte die Mitglieder der Regierung und den Reichskanzler. Das Volk ging leer aus. Seinen innenpolitischen Gegnern drohte er: "Gegen Demokraten helfen nur Soldaten".

Mit der Namesgebung "Sedan-Platz" sollte diese Politikorientierung fortgesetzt werden. Wer inmitten der gegenwärtigen "Streit-Debatte" über die "deutsche Leitkultur" und "stolz, Deutscher zu sein" am Namen "Sedan-Platz" festhält, zeigt, dass er bewusst oder unbewusst nichts aus der Geschichte gelernt hat.

Bremen-Norder "Jungsozialisten" haben bereits 1993 erkannt, dass der Name "Sedan-Platz" geändert werden muss. Ihren Partei-Oberen haben sie empfohlen, "zu den Wurzeln der Partei zurückzukehren". Ihr Vorschlag, dem Platz den Namen "Willi-Brandt-Platz" zu geben, wurde damals von der CDU mit dem Argument zurückgewiesen, der Name "Sedan" habe sich in den Jahrzehnten eingebürgert.

In der vom Vegesacker Beirat einberufenen öffentlichen Beiratssitzung am 21.März kam es für die Zuhörer auch zu einer Diskussion. Als zweiter Diskussionsredner ging ich auf die Anregung der "Jusos" ein und bedauerte, dass kein einziges Beiratsmitglied zu diesem Problem Stellung bezogen habe. Und das über mehrere Monate, in denen über die Neugestaltung des Platzes debattiert wurde. Viel Beifall bekam ich für die Anregung zur Lösung des Widerspruchs zwischen Friedensschule, 1957 im "Gustav-Heinemann-Bürgerhaus" gegründet, und dem Namen "Sedan-Platz", der seinen Namen mit nationalistischer Orientierung erhielt.

Meine Anregung war, auf dem Platz zwischen dem geplanten Brunnen, den ich für richtig halte, und dem Bürgerhaus eine Mahn- und Gedenkstelle einzuplanen und zwar nach folgender Regel: Drei große Steine oder etwas ähnliches dort zu platzieren. Jedem Stein sollte ein Text gegeben werden. 1. Stein: "die Schlacht bei Sedan 1870/71", 2. Stein: "der Erste Weltkrieg 1914/18", 3. Stein: "der Zweite Weltkrieg 1939/45". Über diesen drei Steinen sollte auf der ganzen Breite dieser drei Steine eine Tafel mit Blick auf den Platz und zum Bürgerhaus errichtet werden, die folgenden Text bekommen könnte: "Diese drei Kriege mahnen - Nie wieder Krieg!"

Das entspricht dem Sinn und der Aufgabe der Friedensschule sowie den Interessen der Gäste, die zur Friedensschule, als ehemalige Zwangsarbeiter zur Besichtigung des Bunkers Valentin oder aus Gründen der Völkerverständigung Vegesack besuchen. Der Beifall, den ich erhielt, spornte offensichtlich den Sprecher der CDU, Herrn Buchholz, an, vom sturen Festhalten am Namen "Sedan-Platz" abzurücken. Herr Buchholz will sich jetzt für eine Beteiligung der Stadt Sedan an der Gestaltung des Platzes einsetzen.

Eine wirkliche Lösung des Widerspruchs ist nicht mit der Beteiligung der Stadt Sedan alleine möglich, sondern nur, indem dem Platz ein auf Frieden orientierter Inhalt gegeben wird. Hoffentlich findet der Beirat bald den Mut dazu. Wir werden sehen.

Alois Engel

Sich dieser nationalen Katastrophe entgegenwerfen

Am 28. April 1976, vor 25 Jahren, verstarb General Walther von Seydlitz-Kurzbach. Seine letzte Ruhe fand er auf dem Riensberger Friedhof. Nach der Schlacht um Stalingrad im Frühjahr 1943 gelangte er zur Einsicht, dass Hitler selbst längst den Eid gebrochen hatte, den er 1933 dem Volk geleistet. Seydlitz kam zu dem Entschluss, dass jeder Soldat "nicht nur das Recht, sondern sogar die Pflicht hat, sich dieser katastrophalen Entwicklung entgegenzuwerfen". Im Beisein von Mitgliedern des gerade gegründeten "Nationalkomitees Freies Deutschland" wurde er im September 1943 von 100 Delegierten aus fünf Offiziersgefangenenlagern zum Präsidenten des "Bundes Deutscher Offiziere" gewählt.

Mit der Gründung dieser Organisation gelang es, eine größere Zahl abseits stehender Offiziere, auch aus den oberen Rängen, für die Ziele des "Nationalkomitees Freies Deutschland" zu gewinnen. Ihnen hatte, aus der Tradition der Freikorps heraus, bis dahin eine Zusammenarbeit mit Kommunisten fern gelegen. Seydlitz war sich bewusst, wie schwer es sein würde, der antisowjetischen Propaganda in den Köpfen entgegen zu wirken. In seinen Erinnerungen, Stalingrad - Konflikt und Konsequenz, beschreibt Seydlitz ein Gespräch mit dem sowjetischen General I.P. Melnikow kurz vor der Gründung des "Bundes Deutscher Offiziere". Dieser wies darauf hin, dass Deutschland hoffnungslos dem Untergang geweiht sei, wenn Hitler nicht beseitigt und die deutsche Wehrmacht sich nicht bis zur alten Reichsgrenze zurückziehen würde.

Sollte dies aber gelingen, der Krieg beendet sein, bevor er deutschen Boden erreiche, werde die Sowjetunion sich für den Erhalt des Staatsgebietes in den Grenzen von 1937 und für ein Fortbestehen der Wehrmacht einsetzen. Einzige Vorbedingung sei die Herstellung einer bürgerlich-demokratischen Regierung, die durch Freundschaftsverträge mit dem Osten verbunden sei. Mitglieder und Beauftragte des "Nationalkomitees Freies Deutschland" beteiligten sich an propagandistischen Einsätzen, mit Lautsprecher, Flugblättern und Schreiben an Generale und Offiziere eingekesselter Einheiten der Wehrmacht.

Am 16. April 1944 wurde General Walther von Seydlitz-Kurzbach vom Reichskriegsgericht in Abwesenheit zum Tode verurteilt, das Urteil zunächst als geheime Kommandosache allen kommandierenden Generälen zugestellt und durch Führerbefehl vom 2. August in der kämpfenden Truppe verbreitet. Nach dem gescheiterten Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944 wurden 53 Angehörige der Männer des "Nationalkomitees Freies Deutschland" in "Sippenhaft" genommen und vom Sicherheits-Dienst nach Schierlichmühle im Riesengebirge verschleppt, darunter auch Ingeborg Seydlitz mit den zwei ältesten Töchtern. Die jüngeren Seydlitz-Töchter schaffte man unter falschem Namen nach Bad Sachsa.

Raimund

Veranstaltungen

Zum oben genannten Thema zeigt die VVN-BdA am **Freitag, 27.04.2001, abends um 19:00 Uhr** in ihrem Landesbüro "Verräter oder Patrioten", einen Film zur Geschichte und Wirkung des Nationalkomitees Freies Deutschland.
Eine Gedenkveranstaltung zum 25. Todestag von General Walther von Seydlitz-Kurzbach findet am **Samstag, 28. April um 11:00 Uhr** an seinem Grab auf dem Riensberger Friedhof statt (Treffen Kapelle Haupteingang Friedhofstraße, Linie 4).

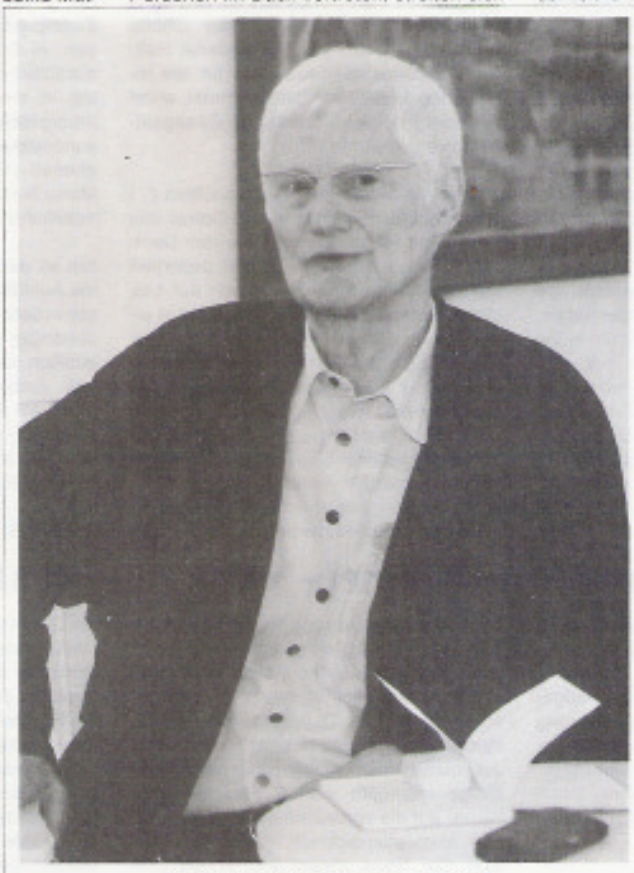
"Die Schlange" von Otmar Leist

Wie Blitze in einem Gewitter erhellen die Kapitel in Otmar Leists neuem Buch "Die Schlange" das Leben seines Protagonisten Bernhard Orm in den ausgehenden siebziger und beginnenden achtziger Jahren des 20. Jahrhunderts. Ausgehend vom Schicksal seines Vaters Lutz, der als Wehrmachts-Deserteur im 2. Weltkrieg standrechtlich ermordet wurde, und der pazifistischen Erziehung durch seine Mutter Marianne und seinem Stiefvater Alfred, der in der Wehrmacht Lutz' bester Freund war und zeitlebens bereute nicht auch desertiert zu sein, sucht Bernhard seinen Platz in dieser Welt. Diese Suche spiegelt sich in allen seiner Handlungen wider.

In seinem Beruf als Kontenverwalter in einer Privatbank, deren Chefetage durch dubiose Geschäfte die Bank fast in den Ruin treibt, ist Bernhard nicht zufrieden. Die Chance in einer anderen Bank vielleicht Karriere zu machen interessiert ihn kaum. Für ihn ist der Beruf ist nur Broterwerb und gewährt manchmal Einblicke in die skrupellose Realität des Kapitalismus und auf ihre sich stromlinienförmig angepassten Jünger.

Die Beschäftigung mit atonaler Musik und moderner bzw. postmoderner Kunst bringt Bernhard zwar Vergnügen u Erholung, doch erkennt er dass sich seine Bedürfnisse nicht in "L'art pour l'art" erschöpfen. Sie bietet ihm aber die Möglichkeit Menschen außerhalb seiner Arbeit kennen zu lernen. Dadurch gelangt er auch in eine gutsituierte Gesellschaftsschicht, deren Mitglieder sich dem liberalen Zeitgeist entsprechend geben, aber nicht bereit sind wirklichen Widerstand gegen die als inhuman erkannte Ordnung während des "Kalten Krieges" zu leisten. Er trennt sich nach längerem Zögern von dem Einfluss dieser Gruppe.

Auch in seinem pazifistischen Engagement sucht und findet Bernhard seinen Standort. Durch Martin, einen schweigsamen auf sein Auto fixierten jungen Mann, und Karin, die im Betriebsrat von Bernhards Arbeitgeber und in einer Abrüstungs-Initiative der Gewerkschaft tätig ist, erkennt Bernhard, dass er nicht alleinsteht. Im Zusammenhang mit Martins Kriegsdienstverweigerungsverfahren geraten Martin und Bernhard, der bereits vor langer Zeit verweigert hatte, an die "Deutsche Friedensgesellschaft" (DFG). Bernhard und Martin entscheiden sich zur Mitarbeit und finden dort ihre "politische Heimat". Doch diese Arbeit wird durch die Konflikte auf der "Linken" bedroht. Die in der DFG tätigen "Jungsozialisten", Kommunisten, Grüne, Christen und die außerhalb der Organisation agierenden Autonomen, jeweils durch ein oder zwei Personen im Buch vertreten, streiten sich



Otmar Leist während einer Lesung

in den Grenzfragen ihrer Zusammenarbeit: Wie stehen wir zum "realexistierenden Sozialismus" (deren Waffenpotential und Menschenrechtsverletzungen)? wie zur regierenden Sozialdemokratie (mit ihren Karrierechancen im Staat)? wie zur Gewalt und den begrenzten Möglichkeiten die bundesrepublikanische Gesellschaft gewaltfrei umzugestalten?

Da Bernhard Orm sich in diesen Auseinandersetzungen zurückhält, gewinnt Otmar Leist die Freiheit mit Feingefühl nur die Argumente herauszuarbeiten, ohne sich in diesem oder jenem Sinne entscheiden zu müssen. Bernhard will die widerstreitenden Gruppierungen im Kampf gegen den militär-industriellen Komplex der BRD und ihrer Helfershelfer in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft vereinen. Am Schluss des Buches zeigt die "Schlange" der in einer Friedensdemonstration vereinigten Menschen Rückgrat. Auch in der Liebe, der Otmar Leist viel Raum einräumt, zeigt sich Bernhard unsicher. Neben seiner Freundin Esther, die sich mit zunehmender Integration Bernhards in die Friedensbewegung, immer mehr von ihm abkanzelt und ihn schließlich verlässt, begehrt Bernhard lustvoll auch andere Frauen und vereinzelt auch Männer. Einige dieser Begegnungen führen tatsächlich zu Liebschaften, doch letztendlich geht Bernhard eine Beziehung zu seiner Kollegin Karin ein, ohne darauf zu verzichten auch eine Nacht mit Martin zu verbringen und sich somit zu seiner bisexuellen Ader zu bekennen. Allerdings ist die Entwicklung Bernhard Orms auch am Ende des Buches noch nicht abgeschlossen, weder privat, beruflich noch politisch.

Die besondere Stärke des Buches ist, dass Otmar Leist die Offenlegung der Gefühle seines Protagonisten gelingt. Bernhard versucht - meist erfolgreich - sich seiner Gefühle bewusst zu werden. Der Leser wird somit Bernhards Entwicklung nicht von außen aufgeprägt, sondern die Entwicklungsschritte werden ihm direkt vermittelt, so dass er Anteil daran nehmen kann.

Quintessenz des Buches ist der Aufruf sein Unbehagen nach außen zu tragen, sich mit ehrlichmeinenden Gleichgesinnten über alle Differenzen im Detail hinaus zu organisieren und mit friedlichen Aktionen über die Missstände in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft aufzuklären und gegen sie zu protestieren.

Angesichts der im Gegensatz zu damals heute schwindend geringen Anzahl an politischen Akteuren in "linken", pazifistischen, antifaschistischen Organisationen, kann ich mit diesem Appell nur anschließen.

"Die Schlange" ist 2001 als Hardcover-Buch im Donat-Verlag in Bremen erschienen, kostet 44,- DM und hat 491 Seiten. (ISBN 3-934836-00-3)

Ulrich St.

Kinder nach dem Entschädigungsgesetz

Der wirkliche Beginn einer Entschadigung für Zwangsarbeiter wird von der deutschen Wirtschaft unter dem Anspruch einer unbedingten Sicherheit vor weiteren Ansprüchen immer weiter hinausgezögert. Sie wird dabei unterstützt von einer Bundesregierung, die nicht bereit ist, wenigstens den ältesten und bedürftigsten früheren Zwangsarbeitern eine Abschlagszahlung als Geste des guten Willens zuzugestehen. Auch an ihren Zinsen bereichern sie sich noch!
Mitte März beriet eine Arbeitstagung der Bundesstiftung "Erinnerung, Verantwortung und Zukunft" mit NS-Opferverbänden Fragen der Umsetzung des Stiftungsgesetzes in der Praxis. Ein wichtiger Aspekt dieser Umsetzung betrifft Kinder, die in KZ, Ghettos oder Lagern Zwangsarbeit leisteten. Aus dem Protokoll über "rechtliche Sonderfragen":

"Es gilt der Grundsatz, dass Kinder, die tatsächlich Zwangsarbeit geleistet haben, in gleicher Weise und in gleicher Höhe Anspruch auf die Leistungen des Stiftungsgesetzes haben wie Erwachsene (...). Eine Leistung darf nicht mit der Gründung verweigert werden, das Kind sei zu jung. Auch darf nicht willkürlich eine Altersgrenze eingefügt werden (...). Nach diesem Beschluss des Kuratoriums wird bei jedem KZ-Häftling und Ghetto-Häftling - egal, welchen Alters - vermutet, dass er Zwangsarbeit geleistet hat. Es bedarf deshalb keines Nachweises (...). ‚Andere Haftstätten' (...) sind solche Haftstätten, in denen Personen unter vergleichbar schweren Haftbedingungen wie in einem KZ untergebracht waren. Kennzeichnend für solche Haftstätten sind unmenschliche Haftbedingungen, unzureichende Ernährung und fehlende medizinische Versorgung. Anders als bei einer Inhaftierung in einem Konzentrationslager oder Ghetto wird bei Häftlingen in einer ‚anderen Haftstätte' Zwangsarbeit nur dann für alle Inhaftierten dieser Haftstätte vermutet, wenn in dieser Haftstätte überhaupt Zwangsarbeit geleistet wurde (...).

Kinder, die allein oder mit ihren Eltern (...) aus ihrem Heimatstaat in das Gebiet des Deutschen Reiches oder in ein vom Deutschen Reich besetztes Gebiet deportiert wurden, haben einen Anspruch auf Leistung, wenn sie selbst Zwangsarbeit in einem gewerblichen Unternehmen oder einem öffentlichen Betrieb geleistet haben. In diesen Fällen muss die Zwangsarbeit nachgewiesen, bzw. glaubhaft gemacht werden. Außerdem müssen die Kinder (...) vergleichbar besonders schlechten Lebensbedingungen unterworfen gewesen sein. Diese ‚vergleichbar besonders schweren Lebensbedingungen' lagen nach dem Verständnis des Gesetzgebers grundsätzlich bei allen Opfern aus den slawischen Staaten vor (...).

Die einzelnen Partnerorganisationen können (...) auch solchen Opfern nationalsozialistischer Unrechtsmaßnahmen Leistungen gewähren, die nicht zu einer der (...) genannten Fallgruppen gehören. Dafür kommen zum Beispiel Zwangsarbeiter im landwirtschaftlichen Bereich oder Zwangsarbeiter, die nicht deportiert wurden, in Betracht (...). Hiernach kann es zusätzliche Leistungen für Kinder geben, die in einem Zwangsarbeiterkinderheim untergebracht waren und schwere Gesundheitsschäden erlitten haben sowie ebenso für Kinder, die Opfer von Menschenversuchen waren (dieses gilt natürlich auch für Erwachsene)".

Bei all diesen Kann-Bestimmungen, [illegible] die Ausführung im Ermessen der Partnerorganisation. Die aber ist wiederum davon abhängig, wie wenig oder viel Geld sie eigentlich von der Stiftung zugemessen erhält. Zudem schwebt über allem immer noch die Frage, wieweit nach einer bestimmten Frist Gelder zurückzuüberweisen sind oder umverteilt werden an Partnerorganisationen anderer Länder.

Raimund

Naziaufmarsch in Bremen-Nord

Ich will meine Eindrücke zeitlich korrekt wiedergeben. Die von Gewerkschaften und Kirchen an der Kreuzung Sagerstr./Breite-Str. organisierte Kundgebung, hatte auch dank der Unterstützung durch den SPD-Parteitag, weit über hundert Teilnehmer. Die VVN-BdA war mit einem Transparent und einer Fahne, inklusive der dazugehörigen Kameradinnen und Kameraden, anwesend.

Die Redebeiträge der Organisatoren waren zum Teil recht lau, auch wenn der Zusammenhang zwischen den braunen Schlägerbanden (Freie Kameradschaften, NPD etc.) und dem rassistischen Verhalten einiger Bevölkerungs- und vor allem Politikerkreise nicht zu kurz kam. Allerdings scheint es mir nicht notwendig der Polizei und den Behörden dafür zu danken, dass wir unser Demonstrationsrecht wahrnehmen durften, und auch die besondere Betonung der Zusammenarbeit zwischen katholischer und evangelischer Kirche ist im 21. Jahrhundert wohl überholt.
Da sich die Mehrheit der versammelten Jugend von dieser Versammlung immer mehr in Richtung des Naziaufmarsches verabschiedete, bewegte auch ich mich in diese Richtung. Die Polizei, die mit 800 Personen angetreten war, hatte den rechten Demonstrationszug weiträumig abgeriegelt. Ein Versuch über die Querstraßen auf die Demostrecke zu gelangen war daher unmöglich. Doch nach Durchquerung einiger Gärten gelang es mir und anderen doch. Das "massive Polizeiaufgebot" drängte die Demonstranten (höchstens 30 Menschen), die das Fortkommen der Nazis hindern wollten, aber schnell ab. Einige Hitzköpfe warfen Flaschen und Steine auf die vorbeiziehenden Nazis, haben aber offensichtlich niemanden verletzt. Die Nazis zogen mit Fahnen (JN-Fahne, Reichsfahne (Schwarz-Weiss-Rot) mit Eisernem Kreuz etc.) relativ leise zum Aumunder Marktplatz.

Da ich mich dann nach Vegesack zurückzog, habe ich vom Abzug der Nazis und den Schüssen des Polizisten nichts mitbekommen. Letztendlich ist mit den Gegendemonstrationen wieder einmal deutlich gemacht worden, dass es in Bremen immer noch Menschen gibt, die dazu bereit sind sich gegen Naziaufmärsche stellen. Solange aber der Senat, der Innensenator und die Polizeiführung keinen Widerstand, sondern durch Gesten der Hilflosigkeit (und was ist die erklärte Begründung des Innensenators für diese Genehmigung anderes) noch Ermunterung und Unterstützung für faschistische Aufmärsche leisten, wird Bremen ein beliebtes Pflaster für solche Aufmärsche werden.

Ulrich St.

Rentenstreichung

Am 21. März fragte der Abgeordnete und stellvertretende JUSO-Vorsitzende Martin Günthner in der Bürgerschaft nach dem Ergebnis der Bremer Bundesratsinitiative, die Renten für SS-Angehörige zu kürzen bzw. zu streichen. Die Antwort des Senats: diese Zielsetzung habe "unverändert gang in den neu geschaffenen § 1a BVG (des Bundesversorgungsgesetzes) gefunden". Wer gegen die Grundsätze der Menschlichkeit oder Rechtstaatlichkeit verstoßen hat, dem sollen Versorgungsbezüge gekürzt oder ganz gestrichen werden können. Dementsprechend haben alle Bundesländer mit der Überprüfung entsprechender Akten begonnen. In 41 Fällen wurden die Leistungen entzogen, in 17 weiteren Fällen wird es wahrscheinlich dazu kommen. In 6 Fällen (davon 4 im Ausland) wurden Leistungen versagt (abgelehnt). Mitte letzten Jahres standen noch 800 Fälle zur Überprüfung an. Stand in Bremen zum 1.3.2001: "Einem Kriegsbeschädigten wurde die Grundrente entzogen. Einer Hinterbliebenen wurde die Versorgung versagt. In der Auslandsversorgung wurde zwei Beschädigten die Rente entzogen ... In zwei Fällen von Hinterbliebenenversorgung erfolgte eine Versagung". Nicht alle Fälle sind schon rechtskräftig, drei weitere, intensive Prüfungen stehen noch aus.

Raimund

"Dass sich die Geschichte so nicht wiederholt"

Gedenkstätten von internationalem Interesse werden von der rotgrünen Bundesregierung gefördert. Kleine Gedenkstätten dürfen darüber aber nicht vergessen werden. Angesichts des hohen Alters der Verfolgten des Naziregimes und der Widerstandskämpfer geht es nun verstärkt darum, "Wege (zu) finden, um durch angemessenes Gedenken ein Nachdenken möglich zu machen". So formuliert es Ekkehard Wienholtz, Schleswig-Holsteins früherer Innenminister, im Geleitwort zu Jörg Wollenbergs jüngstem Buch über den Todesmarsch von 1.000 KZ-Häftlingen aus Auschwitz über KZ Mittelbau-Dora und Turmelin zur Lübekker Bucht.

Jörg Wollenberg kennt viele der von ihm nachgezeichneten Ereignisse aus seiner Kindheit. Sie aufzuzeichnen ist heute notwendiger denn je, "weil aus unserer Vergangenheit von uns nachhaltige Lehren zu ziehen sind", so Wolfgang Frankenstein, Bürgermeister der Großgemeinde Ahrensbök im Vorwort.

Der Autor beginnt mit der Nachzeichnung der industriellen und sozialen Entwicklung der Region, mit den Vorläufern des Arbeitsdienstes, mit einer heimatbiographischen Geschichte der Kleinstadt Ahrensbök, seiner Gebäude, mit der Erinnerung an die Machtübernahme durch die Nationalsozialisten, an KZ und Schutzhaft in seinem Heimatort. Jörg Wollenberg erinnert an die Flucht der jüdischen Tierarztfamilie Bickhard 1938, an Zwangsarbeit und die (vor allem juristische) Vertuschung der Ereignisse von Anfang Mai 1945, dem massenhaften Tod tausender KZ-Häftlinge bei der Versenkung der "Cap Arcona" und der "Thielbeck" in der Lübecker Bucht.

Das Buch ist bei der Edition Temmen erschienen, der Autor Professor an der Bremer Universität. Was liegt näher als ein Vergleich zur Bremer Situation, zum KZ Mißler in Findorff, zum Experimentierfeld Arbeitsdienst, zur verschärften Justiz gegenüber ausländischen Arbeitskräften? Einen großen Teil der 271 Seiten des Buches nehmen Erinnerungen von Zeitzeugen des Todesmarsches ein. Der Autor hat überlebende Opfer und Täter befragt, den SS-Lagerführer, den Lageräitesten, Chefankläger der US-Militärtribunale, Verteidiger der Angeklagten.

Der Rückzug der SS ins Zivilleben wurde mit dem Todesmarsch der Häftlinge gedeckt, so das Fazit. Als Achtjähriger erlebte Jörg Wollenberg mit Schrecken, dass nicht wenige KZ-Häftlinge, die der Bombardierung der "Cap Arcona" und "Thielbeck" lebend entronnen waren, von "gewöhnlichen" Deutschen am Strand erschlagen wurden. Nur wenige Gräber erinnern an ihren Tod. Mehr als 50 Jahre dauerte es, bis Zeitzeugen ihre Erinnerungen an das Grauen auszusprechen begannen. Kürzlich erst erinnerte Benjamin Jacobs (der Dentist von Auschwitz) im Bremer Staatsarchiv an seine Rettung durch Fritz Hallerstede sen.

Jörg Wollenberg, Ahrensbök, Eine Kleinstadt im Nationalsozialismus, Konzentrationslager - Zwangsarbeit - Todesmarsch, Edition Temmen, Bremen. 39,90 DM (ISBN 3-86108-767-7)

Raimund

Niemals vergessen

Beinahe in Vergessenheit geraten wären die 20 Kinder vom Bullenhuser Damm im Alter zwischen vier und zwölf Jahren, zwei Häftlingsärzte und zwei Häftlingspfleger, Opfer von Menschenversuchen des "Lungenspezialisten" und SS-Arztes Dr. Kurt Heißmeyer im KZ Neuengamme. In der Nacht vom 20. auf den 21. April 1945, die britischen Truppen standen bereits 4 km südlich von Hamburg, wurden sie in der Schule am Bullenhuser Damm, damals Außenkommando des KZ Neuengamme, von der SS ermordet, um entscheidende Beweise für Menschenversuche zu beseitigen. An dieser Stelle sei ihrer gedacht:

Alexander Hornemann (Eindhoven), 7 Jahre, Eduard Hornemann (Eindhoven), 12 Jahre, Jacqueline Morgenstern (Paris), 12 Jahre, H. Wassermann (Polen), 8 Jahre, Riwka Herzberg (Polen), 7 Jahre, W. Junglieb (Jugoslawien), 6 Jahre, Marek James (Radom), 6 Jahre, Lelka Birnbaum (Polen), 6 Jahre, Georges-André Kohn (Paris), 12 Jahre, Surcis Goldinger (Polen), 11 Jahre, Roman Zeller (Polen), 12 Jahre, Eduard Reichenbaum (Kattowitz), 10 Jahre, Lea Klygerman (Ostrowiec), 8 Jahre, Sergio de Simone (Neapel), 10 Jahre, Marek Steinbaum (Radom), 10 Jahre, Mania Altmann (Radom) 5 Jahre, Blumel Melker (Polen), 11 Jahre, Ruchla Zylberberg (Zawichost), 9 Jahre, Roman Witonski (Radom), 7 Jahre, Eleonora Witonska (Radom), 5 Jahre, Dr. Quenouille, Prof. Florence, Deutekom, Hölzl, zwanzig sowjetische Gefangene.

Raimund

Kein Stolz nach Auschwitz

Die Diskussion um den Neo-Nazi-Spruch "Ich bin stolz Deutscher zu sein!" wird immer abenteuerlicher. Wer dieses Wort in den Mund nimmt, ob Neo-Nazi, Christdemokrat oder Christ-Sozialer, der hat Auschwitz aus seinem Geschichtsbewusstsein völlig verdrängt. Nach Auschwitz kann niemand mehr stolz auf Deutschland sein. Der in diesem Zusammenhang erhobenen Vorwurf des CSU-Generalsekretärs Thomas Goppel gegenüber dem Bundespräsidenten Johannes Rau macht deutlich, dass sich gewisse Kreise etwas von einem neuen deutschen Nationalismus versprechen. Dieser aber kann leicht ein Feuer entfachen und Europa in militärische Abenteuer führen. Die Ereignisse im Balkan machen davon etwas deutlich.

Hartmut Drewes (Friedensforum)

Männer und Frauen des Widerstandes, Verfolgte und Opfer des NS-Regimes gründeten 1947 die "Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes". 1971 öffnete sie sich für jüngere Mitglieder als VVN-Bund der Antifaschisten. Sie hat sich als überparteiliche Bewegung zum Ziel gesetzt, eine neue "Welt des Friedens und der Freiheit" zu erringen.

- o Ich möchte mehr über die VVN-BdA wissen.
- o Ich bin bereit, einzelne Aktionen zu unterstützen und möchte informiert werden.
- o Ich möchte in die VVN-BdA eintreten.
- o Ich möchte den "Bremer Antifaschist" probeweise/regelmäßig beziehen.

Mich interessieren vor allem folgende Themenbereiche:

- o Einwanderer und Flüchtlinge
- o Neofaschismus
- o Frieden/Antimilitarismus
- o Geschichtsforschung
- o Erinnerungsarbeit

Name _____

Vorname _____

Straße _____

PLZ, Ort _____

Geb.-Datum _____

Bremen, den _____

Unterschrift _____

Bitte einsenden an:
VVN-BdA Bremen e.V.,
Bürgermeister-Deichmann-Str. 26,
28217 Bremen

Veranstaltungen im Mai 2001

DGB-Kundgebung

Bremen-Stadt

Am 01. Mai ist um 10:30 Uhr Sammeln zur Demo am Osterdeich/Ecke Siewall, die sich **ab 11:00 Uhr** in Richtung Domshof in Bewegung setzt. **Um 12:05 Uhr** beginnt die Kundgebung mit Helga Ziegert (DGB-Kreisvorsitzende), Michael Sommer (Bundesvorstand ver.di) und Sebastian Odanga (Kenia Plantation and Agricultural Workers Union).
Ab 13:00 Uhr beginnt das 1. Mai-Fest mit der Brass company (Swing) und Hart Backbord und Gäste (Shanites, maritime Revue und Spass)

Bremen-Nord

Die DGB-Kundgebung findet **um 10:00 Uhr** statt. Anschließend gibt es ein Familienfest von DGB und Bürgerhauses Vegesack.(Sedanplatz und Bürgerhaus)

Internationales Freundschaftsfest

auf der Bahrs Plate in Blumenthal **am Sonntag, 06. Mai um 15:00 Uhr**, mit Freunden und Gästen der Internationalen Friedensschule Bremen und Überreichung des diesjährigen Friedenspreises "Franco Paselli"

Die Schulden endlich begleichen!

Veranstaltung der "Initiative für die sofortige Entschädigung von Oldenburger NS-ZwangsarbeiterInnen" mit Aart Pontier (Winterswijk) **am Donnerstag, 10. Mai um 20:00 Uhr** im PFL-Vortragssaal, Peterstraße 3 in Oldenburg.

Aart Pontier ist der Vorsitzende der ehemaligen ZwangsarbeiterInnen der Niederlande. Er wird in der Veranstaltung über ihre Situation berichten. Dabei soll es zum einen um die Arbeitsbedingungen der niederländischen ZwangsarbeiterInnen während des Zweiten Weltkriegs gehen, zum anderen wird ihre heutige Situation und Position in der Entschädigungsdebatte aufgezeigt werden.

Bis heute hält sich hartnäckig die Legende, niederländische ZwangsarbeiterInnen wären überwiegend freiwillig zum Arbeiten nach Deutschland gekommen und zudem nicht schlecht behandelt worden. Wie NiederländerInnen im System der Zwangsarbeit tatsächlich ausgebeutet wurden und mittels welcher Repressionen sie ins Deutsche Reich verbracht worden sind, wird innerhalb der Veranstaltung dargestellt werden. Für Oldenburg ist dies von großer Bedeutung, weil fast 20% der ZwangsarbeiterInnen in Oldenburg aus den Niederlanden stammten.

Viele ehemalige niederländische ZwangsarbeiterInnen werden von der Stiftungsinitiative der deutschen Wirtschaft und der Bundesregierung keine Entschädigung erhalten. Sie fallen nicht unter die Kriterien, die im Entschädigsgesetz enthalten sind.
Welche Position die ehemaligen ZwangsarbeiterInnen der Niederlande zur Stiftungsinitiative "Verantwortung, Erinnerung und Zukunft" einnehmen und wie sie diese beurteilen, wird ebenfalls Thema der Veranstaltung sein. Auch wird die Initiative kurz über den Stand der Entschädigungsfrage in Oldenburg berichten.

Ruth Rieß

"Der Bremer Antifaschist" ist die Zeitung der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten Bremen e.V. (VVN-BdA).

Wir sind regelmäßig erreichbar in der Bürgermeister-Deichmann-Str. 26, 28217 Bremen
Tel.: 0421/38 29 14
Fax: 0421/38 29 18

E-Mail: vvn-bda.bremen@iname.com
Internet: http://www.vvn-bda.de/bremen

Montag: 17:00-18:00 Uhr
Donnerstag: 18:00-19:00 Uhr

Für unsere Arbeit werden dringend Spenden benötigt:
Die Sparkasse in Bremen
BLZ:29050101 - Konto-Nr.: 1031913
Wir sind vom Finanzamt als gemeinnützig anerkannt.

Antifaschistische Stadtrundgänge können entweder im Büro oder direkt unter 0421-61 12 62 (Willy Hundertmark) oder 0421-61 63 215 (Raimund Gaebelein) angemeldet werden.

Der Geschäftsführende Vorstand trifft sich montags von 18:00 - 19:30 Uhr.

Der Landesvorstand trifft sich an dem letzten Montag im Monat von 18:00 - 20:30 Uhr.

Die Sitzungen sind mitgliederöffentlich.

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Auffassung der Redaktion wieder.

Redaktionsschluß ist am 05. des Vormonats

V.i.s.d.P.: Willy Hundertmark (Ehrenvorsitzender)

Nachdruck ist mit Quellenangabe und Belegexemplar erwünscht!

Medien und Krieg

Der Journalist Eckart Spoo hält im DGB-Haus, Bahnhofstraße 22/28 am "Tag der Befreiung" also **am 08. Mai um 20:00 Uhr** ein Referat zum Thema "Medien und Krieg". Veranstalter ist neben DGB-Jugend, IG Medien (jetzt in ver.di vereinigt), DFG/VK, Friedensforum und die VVN-BdA.

"Ausgegrenzt, Verfolgt, Mißhandelt. ... Vernichtet"

Bremer Schauspielerinnen lesen Briefe und Biographien verfolgter Frauen während des NS-Regimes:
- Herta Feiner "Vor der Deportation" Briefe an die Töchter 1939-42
- Geneviève de Gaulle Anthonioz "Durch die Nacht" Erlebnisse im Lager Ravensbrück
- Sara Tuvel Bernstein "Die Nähere" Schicksal einer Siebenbürger Jüdin, inhaftiert in Ravensbrück und Dachau

Dienstag, 08. Mai um 20:00 Uhr (Bürgerhaus Vegesack)

Wozu sind Kriege da?

Die Frage stellt Prof. Dr. Jörg Huffschmid in dem Tagesseminar am **11. Mai von 15:00 bis 21:00 Uhr** in der St. Andreas-Gemeinde, Werner-von-Siemens-Straße 55 in Horn-Lehe. Wer mitmachen will, der melde sich bitte beim Evangelischen Bildungswerk an. **(Tel.: 34615-30/31 oder per Fax 34615-38)**

"Vernichtungskrieg-Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944"

Bericht über Grundlagen einer Neukonzeption der Ausstellung von Prof. Jan Philipp Reemtsma vom Hamburger Institut für Sozialforschung (anschließend Diskussion), **Mittwoch, 02. Mai um 20:00 Uhr** (Bürgerhaus Vegesack). Veranstalter ist die Internationale Friedensschule Bremen - Arbeitskreis: Betrogene Generation

Geburtstage im Mai 2001

Anni Meier	02.05.,	86 J.
Werner Scholz	02.05.,	53 J.
Margret Piosek	15.05.,	75 J.
Alois Engel	17.05.,	62 J.
Otto-Klaus Hübotter	17.05.,	71 J.
Bernd Goldmann	19.05.,	63 J.
Peter Reichel	20.05.,	64 J.
Lore Kübler	23.05.,	65 J.
Herbert Breidbach	24.05.,	80 J.
Heinz Brüning	25.05.,	70 J.
Elsbeth Rütten	25.05.,	53 J.

Herzlichen Glückwunsch allen Kameradinnen und Kameraden vom Landesvorstand